

## AMT DER VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

Landhaus, A-6901 Bregenz

Aktenzahl:

PrsG-1233

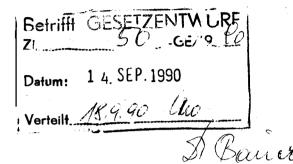
(Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Bregenz, am

5.9.1990

An das Bundesministerium für Justiz

Postfach 63 1016 Wien



Betrifft: Forderungsexekutions-Änderungsgesetz (FEÄG), Entwurf,

Stellungnahme

Bezug:

Schreiben vom 16. Mai 1990, Zl. 12.100/99-I5/90

Gegen den Entwurf des Forderungsexekutions-Änderungsgesetzes wird kein Einwand erhoben.

Die vorgesehenen unpfändbaren Freibeträge (Existenzminimum) sind zwar derzeit angemessen, dürften jedoch aufgrund der Steigerung der Lebenshaltungskosten zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes am 1.7.1991 nicht mehr angemessen sein. Es wird deshalb vorgeschlagen, diese Freibeträge um ca. 10% anzuheben. Um auf die Änderungen der Lebenshaltungskosten rasch reagieren zu können, wäre eine Verordnungsermächtigung für den Bundesminister für Justiz zur Erhöhung der Freibeträge zielführend.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

Dr. Guntram Lins, Landesrat

www.parlament.gv.at

TV XII. MESTOTT - DAD MOSSOTS

E) Alle Vorarlberger National- und Bundesräte

b) An das Präsidium des Nationalrates

> <u>1017 Wien</u> (22-fach)

im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanzleramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67

c) An das Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst

1010 Wien

- d) An alle Ämter der Landesregierungen zHd. d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Nö. Landesregierung

<u>1014 Wien</u>

f) An das Institut für Föderalismusforschung

6020 Innsbruck

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung: Der Landesamtsdirektor:

Dr. Ender

F.d.R.d.A.

egeque hil